

Fragen zur Volksinitiative «Ja zur Abschaffung der Radio- und Fernsehgebühren (Abschaffung der Billag-Gebühren)»

Kontra: Martina Munz, Nationalrätin SP

Warum setzen Sie sich gegen die No-Billag-Initiative ein?

Wer die Medien besitzt, verfügt über die vierte Macht im Land und damit über Einfluss auf Politik und Gesellschaft. In einer sponsoren- und werbefinanzierten Medienlandschaft würden die Schwächeren unserer Gesellschaft ihre Stimme verlieren. Private Sender müssen nicht ausgewogen informieren, die SRG aber ist dazu verpflichtet! Ausländische Sender werden kaum Schweizer Themen aufgreifen. Für die direkte Demokratie, auch für die kulturelle Identität der Schweiz, brauchen wir die SRG als Service Public mit gutem Journalismus.

Die Befürworter sagen, die Abschaffung der Empfangsgebühr sorgt für einen faireren Wettbewerb. Was entgegnen Sie?

Es ist nicht fair, wenn Investoren und finanzkräftige Firmen den Sendeinhalt bestimmen. Über Pay-TV lassen sich ausgewogene Informationssendungen sicher nicht finanzieren und auch Privatsender sind auf Gebühren angewiesen, auch Radio Munot. Ohne Gebühren droht der Medienvielfalt das Aus. Unsere lokalen Privatsender setzen sich deshalb mit Herzblut für die Beibehaltung der Gebühren ein. Ist das nicht Beweis genug, dass No-Billag nur einigen Mächtigen dient?

Welche Alternative sehen Sie, um das SRG-Problem zu lösen?

Wir haben kein echtes SRG-Problem, nur ein von gewissen Grossverlegern, also der Konkurrenz, herbeigeredetes. Die SRG-Programme schneiden in allen Publikumsbefragungen ausgezeichnet ab was Qualität, Sachgerechtigkeit und Vielfalt betrifft. Und das ist die wichtigste Voraussetzung für unsere direkte Demokratie: Eine qualitativ hochstehende journalistische Grundversorgung aller Bevölkerungskreise. Wie die private Konkurrenz mit diesem Auftrag umgeht, wird uns derzeit am Beispiel der SDA vorgeführt: Massiver Stellenabbau, damit Gewinne ausgeschüttet werden können. Das ist bei der SRG derzeit zum Glück nicht möglich.